

FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM,
SOZIALISTISCH: TAUFRI SCH.

FAUST

Newsletter der Jusos Stadt Braunschweig - April 2007



Für Mindestlöhne

— mehr dazu auf Seite zwei.

Mitmachen!

— mehr auf Seite drei.

Atomstrom: NEIN DANKE!

Am Atomausstieg festhalten und unsere Energieversorgung zukunftsfähig gestalten

Der 1998 eingeleitete Ausstieg aus der Atomkraft ist für uns Jusos eine unverzichtbare Voraussetzung für eine Energiewende in Deutschland. Ziel muss es sein, die Energieproduktivität Jahr für Jahr zu steigern und den Anteil der erneuerbaren Energien schrittweise weiter zu erhöhen.

In Zeiten immer steigender globaler Energie-Nachfrage stellt sich verstärkt die Frage nach einer alternativen Energieversorgung zur Verbrennung fossiler Brennstoffe und zur Kernenergie. Der Einsatz konventioneller Energiegewinnungen – wie die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die Kernenergie – hat folgenschwere Auswirkungen auf die Umwelt, wie die Klimaveränderung, der Treibhauseffekt, das Ozonloch und die Atomzwischenfälle und -katastrophen.

Somit kann die Atomenergie nicht die Antwort auf die Probleme der Versorgungssicherheit mit Energie und des Klimawandels sein. Genau so wie bei Gas und Erdöl sind wir auch bei der Atomenergie auf den Import von Brennstoffen angewiesen. Und diese stehen uns nicht ewig zur Verfügung.

Und eines ist sicher: der Weiterbetrieb älterer Kernkraftwerke dient nicht dem Klimaschutz, sondern zum Auffüllen der Kassen der Energieindustrie. Denn jedes abgeschriebene KKW ist bares Geld für



Foto: William Labitzke

die Energieindustrie. Und ein riesiges Problem bleibt: weltweit gibt es noch keine Lösung für die Endlagerung von Atom-müll, die für Jahrtausende sicher gelagert werden müssen.

Es kann nur drei Lösungen geben, um unsere Energieversorgung zukunftsfähig zu gestalten:

1. Es gilt, den privaten und kommerziellen Energie- und Wasserverbrauch weiter zu senken. Hier werden enorme Potenziale noch nicht genutzt. Ein Großteil der zu Hause genutzten Energie ist Wärmeenergie. Durch Sanierungen lassen sich über

50 Prozent davon einsparen. Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung sind ein sinnvoller Schritt, um ein ökologisches Bewusstsein in der Bevölkerung zu wecken. Ökologie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

2. Es gilt, weiter in den Markt der erneuerbaren Energien, wie Wind-, Wasser- und Solarkraft zu investieren. Die SPD hat durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und mit dem Ausstieg aus der Atomenergie die Grundlage dazu gelegt. Nur die Nutzung erneuerbarer Energien macht ein rohstoffarmes Land wie Deutschland wirtschaftlich und politisch unabhängig und schafft es, umweltschonend Energie in größeren Mengen dauerhaft und kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Bereits heute tragen sie etwa 12 Prozent zur Stromversorgung bei. Bereits im Jahre 2020 soll deren Anteil auf über 20 Prozent aufgebaut werden – mit steigender Tendenz.

3. Die Energie-Industrie muss ihren Zusagen nachkommen, in moderne Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden zu investieren. So lässt sich Energie ressourcenschonender erzeugen.

Alle drei Lösungen können dazu beitragen, den Energieverbrauch insgesamt zu senken und langfristig die Atomkraft überflüssig zu machen.

William Labitzke

Einfach mal reinklicken:
www.jusos-bs.de

jusos  **stadt braunschweig**

Kampagne:

Arm trotz Arbeit?

Wir Jungsozialisten fordern die Einführung eines gesetzlich festgeschriebenen branchenunabhängigen Mindestlohns von 8 Euro.

„Jede Art von ehrlicher Arbeit ist es wert, dass sie so entlohnt wird, dass man auch seinen Lebensunterhalt davon bestreiten kann. Deswegen wollen wir für alle Branchen einen Mindestlohn von 8 Euro“, erklärt der Juso-Vorsitzende William Labitzke. „Auch wenn wir aus der CDU anderes hören: Sozial ist nur, was Arbeit schafft, von der man leben kann. Bei Stundenlöhnen von 3,20 Euro- beispiels-

weise bei Frisören- kann davon nicht die Rede sein.“, ergänzt Juso-Vorstandsmitglied Stefan Hillger.

Fast 20 Prozent der Erwerbstätigen mit Vollbeschäftigung in Deutschland seien von Niedriglöhnen betroffen – das sind fast sieben Millionen Menschen. Sie erhielten ein Einkommen, das unter zwei Dritteln des Durchschnittseinkommens liege.

Deutlich sprechen wir Jusos uns gegen den Vorschlag der Union zur Schaffung eines Kombilohns aus. Labitzke weiter: „Die bisherigen Erfahrungen damit sind eindeutig negativ. Kombilöhne schaffen kaum Beschäftigung. Sie produzieren aber umso mehr Mitnahmeeffekte durch die Unternehmen. Kombilöhne belasten die Staatskasse mit hohen staatlichen Lohnzuschüssen. Wir erwarten, dass Unterneh-

men ihre Mitarbeiter für ihre geleistete Arbeit in vollem Umfang und ohne staatliche Lohnzuschüsse entlohnen.“

Mindestlohn-Kritikern halten die Jusos entgegen, dass in vielen europäischen Ländern untere Lohngrenzen existieren. 18 von 25 EU-Ländern haben Mindestlöhne eingeführt. In arbeitsmarktpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht haben alle gute Erfahrungen gemacht.

Steffen Kirsch

**Lohndumping
verboten!**

Für Mindestlöhne.

Die Forderungen der Jusos

Der Ausweg: Mindestlöhne

Mit Blick auf die wachsende Freizügigkeit auf dem Europäischen Arbeitsmarkt, gilt es zu handeln. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie zeigt, wie wichtig es ist, Maßnahmen nach dem Auslaufen der Übergangsregelungen zur Vermeidung von Niedriglöhnen und Lohndumping zu finden, damit Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung eine eigenständige Existenzsicherung gewährleistet wird.

Auf dem Weg zu einem gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland

1. Schritt: Ausweitung des Entsendegesetzes

Der erste Schritt muss die Ausweitung des Entsendegesetzes sein. Das Entsendegesetz legt fest, dass Tarifverträge eingehalten werden und entsprechend Löhne nach Tarif bezahlt werden.

Ohne einen Tarifvertrag kann das Entsendegesetz aber nicht greifen. Nicht in allen Branchen werden Tarifverträge abgeschlossen, die bundesweit gelten. Gerade in Branchen, in denen ohnehin geringe Verdienste zu erwarten sind, so beispielsweise in der Landwirtschaft oder im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Ein Entsendegesetz kann daher nur Sinn machen, wenn die großen Lücken im Tarifgefüge gestopft werden.

Doch auch Tariflöhne garantieren von alleine keine Garantie für Löhne oberhalb der Armutsgrenze. Hier bietet das Entsendegesetz keine Lösung für Branchen, in denen tariflich abgeschlossene Löhne

mit Beträgen zwischen drei und sechs Euro pro Stunde deutlich unterhalb der Armutsschwelle liegen. Wenn das Entsendegesetz auch in diesen Bereichen Anwendung findet, werden Armutslöhne und geringe Verdienste festgeschrieben und nicht beseitigt.

2. Schritt: Einführung eines gesetzlichen branchenunabhängigen Mindestlohnes

Bereits in der Europäischen Sozialcharta von 1961 wurde festgelegt, dass Löhne unter 60 Prozent des nationalen Netto-Durchschnittslohns nicht angemessen sind. Um dieser Ungerechtigkeit zu entgegen, haben viele Europäische Länder einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt.

Vom Ausland lernen - Europa macht es vor: 18 der 25 EU-Länder haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Die übrigen Nationen - Schweden, Dänemark, Finnland, Österreich und Italien - haben keinen gesetzlichen Mindestlohn, jedoch Instrumente, um ihre Arbeitnehmer vor Niedriglöhnen zu schützen. Nur in Deutschland gibt es weder das eine, noch das andere!

Deshalb fordern wir die Einführung eines gesetzlich festgeschriebenen branchenunabhängigen Mindestlohnes von 8 Euro pro Stunde.

Niedrig- und Armutslöhne in Deutschland können nur durch gesetzliche Mindestlöhne verhindert werden. Gesetzliche Mindestlöhne stoppen den freien Fall der Löhne nach unten. Sie sind ein soziales Netz gegen Lohndumping und leisten einen gesamtwirtschaftlich dringend notwendigen Beitrag zur langfristigen Stärkung der Kaufkraft.

Gesetzliche Mindestlöhne schützen auch ehrliche Unternehmen: der Mindestlohn garantiert fairen Wettbewerb. Die Konkurrenz von Billiganbietern, die zu Niedriglöhnen arbeiten lassen, bleibt außen vor.

Wir sprechen uns mit Nachdruck für einen branchenunabhängigen Mindestlohn aus. Wir fordern, dass der gesetzliche Mindestlohn für alle Beschäftigungsverhältnisse gilt. Dies beinhaltet auch, dass in den nicht sozialversicherungspflichtigen Bereichen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenfalls 8 € pro Stunde erhalten sollen, damit reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse nicht in Aushilfstätigkeiten umgewandelt und damit soziale Standards weiter gesenkt werden. So soll beispielsweise die als Aushilfe beschäftigte Kellnerin und der im Lager arbeitende Student ebenfalls den gesetzlichen Mindestlohn erhalten.

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit können die sozialen Sicherungssysteme ihre nachfragestabilisierende Funktion kaum noch erfüllen. Die Folgen sind ein schwacher Konsum und eine stagnierende Binnennachfrage. Zusammen mit der schwachen Lohnentwicklung und der Strategie der Dumpinglöhne bildet dies eine makroökonomische Negativspirale erster Güte. Die Folgen sind soziale Ausgrenzung und Massenarbeitslosigkeit.

Der Niedriglohnbereich in Deutschland ist bereits massiv ausgebaut, ohne dass die Arbeitslosigkeit reduziert worden wäre. Dies alles zeigt: Deutschland braucht keine Niedriglohnstrategie, sondern eine Hochlohnstrategie!

Eigene Ideen einbringen statt resignieren!

Warum politisches Engagement von Jugendlichen wichtig ist

Politik? Zu langweilig! Eigenes Engagement? Warum, was bringt das denn? Wozu demonstrieren? Die Politik macht doch das, was sie will!

Viele dieser Antworten und Urteile kommen von Jugendlichen, wenn sie zur Politik gefragt werden. Viele Jugendliche sagen, dass Politiker nicht die Interessen der jungen Generation vertreten. Deshalb fühlen sie sich in der Politik unwohl und von den Politikern alleine gelassen. Außerdem wird oft die Meinung vertreten, es ändere sich sowieso nichts und alle Parteien seien gleich. Jugendlichen wollen sich den Bereichen engagieren, die ihnen Spaß machen und in denen sie mitbestimmen können - die Politik erscheint da unattraktiv.

Ja, aber

Wer soll denn die Interessen von Jugendlichen vertreten, wenn nicht Jugendliche selbst? Die Politik entscheidet über die Lebensmöglichkeiten der jungen Generation. Aber nur wenn Jugendliche sich aktiv einbringen, können ihre Interessen wahrgenommen werden. In unserer Zeit stehen die Zukunftsperspektiven junger Menschen auf dem Spiel. Dies zeigen beispielsweise folgende Fragen:

Haben Jugendliche überhaupt noch Chancen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen? Können junge Erwachsene sich noch leisten zu studieren, wenn sie im Jahr 1000 € Studiengebühren zahlen müssen? Warum gibt es vor Ort keine Jugendzentren? Wie sieht es mit den Sport- und Freizeitmöglichkeiten vor Ort aus?

Diese Antworten können nur im Interesse der jungen Generation angepackt wer-

den, wenn auch Jugendliche ihre Anforderungen und Ansprüche aktiv einbringen. Auch wenn nicht alle Probleme sofort gelöst werden, ist es wichtig, sie zumindest anzusprechen und für einen Wandel zum Besseren einzutreten! Denn sonst ändert sich erst recht nichts.

Deshalb....

Es ist wichtig, die Probleme vor Ort sowie eure eigenen Ideen einzubringen. In den Sportvereinen, in die SchülerInnenvertretung, in die Sozialverbände und natürlich auch in die Parteien. Politik ist mehr als fünf alte Männer im Anzug. Sie gestaltet das menschliche Zusammenleben und stellt die Weichen. Nur wenn Jugendliche ihre Interessen aktiv vertreten, können sie überhaupt berücksichtigt werden.

Demokratie als Staats- und Lebensform beginnt ab der Basis. Wer politisch in Jugend- und Sozialverbänden sowie der Gewerkschaftsjugend aktiv ist, lernt auch zu debattieren, eine Meinung zu vertreten, mit anderen Meinungen umzugehen. Mensch lernt folglich auch persönlich dazu. Außerdem trifft man in politischen Jugendorganisationen viel junge Menschen, die ebenfalls aktiv ihre Interessen und Ansichten einbringen, diskussionsfreudig sind und sich aktiv für die Demokratie engagieren. Durch die neuen Informationen und Perspektiven, die ein politisch aktiver Mensch gewinnt, entwickelt er/sie sich auch persönlich weiter. Und man hat dabei eine Menge Spaß, denn auch das gemütliche Zusammensein und kulturelle Aktivitäten kommen bei politischen Jugendorganisationen nicht zu kurz...

Stefan Hillger



Samantha Kopp,
20 Jahre, Studentin

„Ich bin bei den Jusos politisch aktiv, weil ich in meiner Stadt etwas bewegen möchte. Auch wenn es nur kleine Schritte sind, es geht vorwärts.“



Benjamin Schmidt,
21 Jahre, Angestellter

„Ich möchte, dass wir in Zukunft in einer gerechteren und friedlicheren Welt leben können. Deshalb engagiere ich mich aktiv bei den Jusos.“

Wir mischen mit!

In Braunschweig, Niedersachsen und im Bund sagen wir:

„Gerecht weiter denken“

Die inhaltliche Positionierung steht dabei im Vordergrund.

Wir diskutieren, bilden uns weiter, erwerben so Kompetenzen und beteiligen uns am politischen und sozialen Leben in UNSERER Stadt. Und haben dabei sehr viel Spaß!

Überzeug Dich selbst und komm zu einem unserer regelmäßigen Treffen: Die Jusos Braunschweig treffen sich jeden Mittwoch um 19 Uhr im Volksfreundhaus (Schloßstraße. 8 im Magniviertel, Tel: 0531-480 98 21). Noch Fragen? Meldet Euch bei William Labitzke (wohl@gauss99.de) und/oder informiert Euch ganz leicht unter

www.jusos-bs.de

Aktionsbündnis: 4. IGS für Braunschweig!

Die Nachfrage nach Ganztagschulen ist höher, als es der Bedarf decken kann. Etwa 1/3 der Eltern in Braunschweig hoffen jedes Jahr, dass ihre Kinder nach der Grundschule in eine der drei bestehenden Integrierten Gesamtschulen aufgenommen werden. Fast die Hälfte der Bewerber wird aus Platzmangel abgewiesen.

Das ist untragbar! Die schwarz-gelbe Landesregierung muss das

beschlossene Einrichtungsverbot von Ganztagschulen in Niedersachsen zurücknehmen! Die konservative Ideologie-Verbohrtheit der Landesregierung schadet nur unserem Land.

Unterstützt das „Aktionsbündnis 4. IGS für Braunschweig“.

Unterschriftenlisten zum selber ausdrucken gib es unter www.jusos-bs.de

Reinhard Koch zu Gast bei Jusos Braunschweig

Kürzlich zu Gast auf Einladung der Jusos und des Arbeitskreises Migrationspolitik war der Leiter der Braunschweiger Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) Reinhard Koch. Thema seines leider hoch aktuellen Vortrages: „Rechtsextremismus – welche neue Strategien haben die Rechten?“

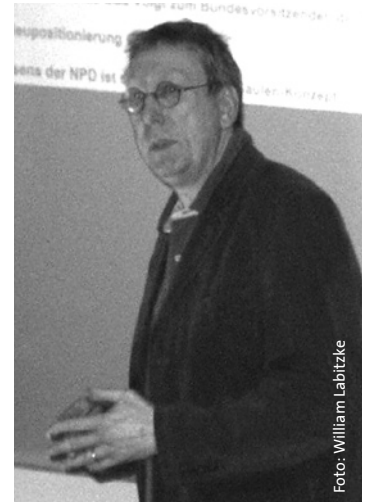
Koch informierte die zahlreichen Zuhörer in seinem Referat über die veränderte politische Strategie der NPD. „Die NPD versucht zusehends, sich in den ländlichen Regionen als soziale und bürgernahe Kraft zu etablieren“, sagte Koch. NPD-Aktivist*innen unterwanderten erfolgreich Vereine und Bürgerinitiativen und engagierten sich für unterstützenswerte Themen wie Krippenplätze oder böten Nachhilfe und Suchtberatung an. In der Region um Braunschweig sei augenblicklich das Harzvorland das Hauptbetätigungsfeld der NPD. Dabei werde es jedoch nicht bleiben. „Ich vermute, dass die NPD-Strategen in unserer Region als nächstes den Landkreis Wolfenbüttel in Angriff nehmen werden“, so die Befürchtung Kochs.

Unverändert sei die menschenverachtende Ideologie der Partei. Auf Zuspruch in der Bevölkerung stoße sie mit populistischen bis fremdenfeindlichen Forderungen wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ oder „Arbeit zuerst für Deutsche“, aber eben auch mit den wohltätigen Forderungen nach Betreuungsangeboten und Maßnahmen zur Bekämpfung von Drogensucht. Sehr erfolgreich sei die Methode, Jugendliche in Ortschaften mit niedrighschweligen Angeboten für die NPD zu gewinnen. So verschenkten NPD-Aktivist*innen Rechts-Rock-CDs an Jugendliche. Außerdem machten sich die Rechten das bei vielen Jugendlichen vorhandene Bedürfnis nach Anerkennung und Aufmerksamkeit zu Nutze. „Eine Demonstration in Mitten einer großen Gruppe kann für viele Ju-

gendliche ein aufregendes und befriedigendes Erlebnis sein“, berichtete Koch.

Ein kontroverses Thema in der anschließenden Diskussion war ein mögliches Verbot der NPD. Hier nahm Koch eine ablehnende Position ein. Koch befürchtet, dass nach einem geglückten Verbotsverfahren die Verlockung für Politiker groß sein könnte, den mühsamen Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht intensiv genug an der Wurzel anzugehen. Weiterer Diskussionspunkt: Was könnte eine effektive Strategie der Sozialdemokraten gegen das Erstarken der NPD sein? Kochs Ratschlag: „Wenn es eine Strategie ist, als ‚bürgernahe Kümmerer‘ wahrgenommen zu werden, die sich in Vereinsvorständen und Initiativen für die Interessen der Bürger einsetzen, dann sollte die SPD diese Strategie aufgreifen.“ Koch riet den Jusos entschieden davon ab, mit geschulten NPD-Funktionären in öffentlichen Veranstaltungen zu diskutieren. Sinnvoller sei es, sich mit NPD-Sympathisanten auseinander zu setzen, die noch nicht ideologisch gefestigt sind. „Man kann das Weltbild der NPD-Anhänger relativ schnell ins Wanken bringen, indem man kritische und ganz konkrete Fragen nach der Praxis-Tauglichkeit der NPD-Forderungen stellt“, so Koch.

Steffen Kirsch



Reinhard Koch, Leiter der ARUG, zu Gast bei den Jusos in Braunschweig.

Der Libanon zwischen Bürgerkrieg und Versöhnung

Es war ein beängstigendes Bild, das sich den Bewohnern Beiruts am 25. Januar bot: Zwei Gruppen junger Menschen bewarfen sich gegenseitig mit Steinen und gingen mit Schlagstöcken aufeinander los, schließlich fielen Schüsse. Wenigstens den etwas älteren Libanesen dürfte dieses Bild sehr bekannt vorgekommen sein, zu sehr erinnerte es an den Bürgerkrieg, der im Libanon von 1975 bis 1990 tobte. Viele befürchteten nun einen erneuten Absturz des Landes in Gewalt und Anarchie.

Aber wie war es zu den Unruhen gekommen? Die beiden Gruppen waren Anhänger einerseits der pro-westlichen libanesischen Regierung von Ministerpräsident Siniora, andererseits der Opposition, angeführt von der radikalen Hisbollah-Organisation, die ihre Wurzeln im Iran hat.

Überhaupt ist der Einfluss fremder anderer Staaten im Libanon groß. Die Hisbollah wird auch von Syrien unterstützt, von

wie sie viele ihrer Waffen erhält. Die Regierung des Landes steht Syrien sehr kritisch gegenüber und wird vom Westen, insbesondere von den USA, unterstützt. Die USA wiederum stehen bekanntlich mit Teheran wegen des iranischen Atomprogramms und der Lage im Irak im Konflikt.

So droht der Libanon zum Schlachtfeld eines Stellvertreterkrieges zu werden zwischen vor allem den USA mit seinem engen Verbündeten Israel auf der einen Seite und Iran und Syrien auf der anderen Seite.

Die Libanesen sollten sich also nicht allzu sehr auf ihre jeweiligen Freunde im Ausland verlassen und besser gemeinsam und im Dialog die bestehenden Probleme lösen. Anzeichen dafür gibt es durchaus: Der Anführer der Mehrheit in dem libanesischen Parlament und der Parlamentspräsident, ein wichtiger Oppositionspolitiker, trafen sich erst kürzlich mehrfach, um ein friedliches Ende der aktuellen Krise her-

beizuführen. Danach äußerten sich beide hoffnungsvoll, eine Einigung zu erreichen. So bleibt zu hoffen, dass die beiden Lager in der Lage sind, gemeinsam einen Kompromiss im Sinne aller Menschen im Libanon zu finden.

Anne Grotzinger und Benjamin Schmidt

Impressum



Herausgeber:
Juso-Unterbezirk Braunschweig
Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

www.jusos-bs.de

V.i.S.d.P.:
William Labitzke, Stefan Hillger

Layout: Caroline Labitzke

Druck: Lebenshilfe, Braunschweig
Auflage: 4.000 Exemplare